

Profitieren sollen die kleinen Kulturinstitutionen

Erleichterung in der Bündner Kulturszene: Der Grosse Rat hat mit der Genehmigung von drei Millionen Franken pro Jahr das Potenzial des Kulturförderungskonzepts unterstrichen.

von Valerio Gerstlauer

Als hätte er gerade eine wichtige Prüfung bestanden – so reagierte gestern Nikolaus Schmid, der Präsident des Vereins Kulturkanton Graubünden, nach der Abstimmung im Grossen Rat über die Finanzierung des ersten Kulturförderungskonzepts. Schmid hatte als wichtiger Vertreter der Bündner Kulturschaffenden an der Erarbeitung des Konzepts mitgewirkt und die Alimentierung desselben mit drei Millionen Franken unterstützt. Dass dies der Grosse Rat mit 78:34 Stimmen schliesslich ermöglichte, liess Schmid einen tiefen Seufzer der Erleichterung ausstossen.

«Ich bin sogar sehr erleichtert», gestand Schmid auf Nachfrage. «Nach einer langen und für mich sehr spannenden Debatte mit vielen positiven Statements zur Kultur hat der Grosse Rat den Antrag der Kommissionenmehrheit gutgeheissen und das Kulturförderungskonzept mit drei Millionen bemittelt – das ist ein klares Bekenntnis zum Wert der Kultur.» Mit den gesprochen Mitteln könne nun das Konzept so umgesetzt werden, dass es Wirkung zeige. «Es ist schön zu sehen, dass unsere Arbeit im Kulturkanton Früchte trägt. Das macht Mut und Freude.»

Parolini legt Argumente vor

Bei der Debatte zur Finanzierung des Konzepts zeichnete sich gestern noch deutlicher als am Dienstag ab, dass die 3-Millionen-Variante eine Mehrheit im Grossen Rat finden und die ebenfalls vorgeschlagene 1-Million-Variante chancenlos bleiben würde. Überzeugende Wirkung dürften insbesondere die Aussagen von Regierungsrat Jon Domenic Parolini gezeigt haben.

Er betonte, dass zwei der drei Millionen Franken in Leistungsvereinbarungen mit kleinen Institutionen fliessen würden. «Wir führen eine ganze Liste von Institutionen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten oder die gerne eine Erhöhung der Leistungsvereinbarung hätten», verriet Parolini. Als Beispiele erwähnte er unter anderem den Verein Langer Samstag, das Open Air Lumnezia, die Bündner Trachtenvereinigung und das Museum Waltenburger Meister. «Wir gehen deshalb davon aus, dass



«Wir brauchen diese zusätzlichen Mittel»: Regierungsrat Jon Domenic Parolini will zwei Millionen Franken in neue Leistungsvereinbarungen fliessen lassen.

Bild Philipp Baer

«Wir führen eine ganze Liste von Institutionen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten.»

Jon Domenic Parolini
Regierungsrat

wir diese zusätzlichen Mittel brauchen werden.» Profitieren würden nicht die grossen Player, sondern die vielen kleinen Institutionen in allen Regionen. «Wir werden wirklich versuchen, damit die Laienkultur zu unterstützen, aber die Institutionen müssen aktiv werden und Projekte einreichen.» Die Möglichkeit dazu besteht laut Parolini bis März 2021.

Hilfreich für den Tourismus

Auffallend oft strichen die Grossräte in ihren Voten die Bedeutung der Kultur für den Tourismus heraus. So erklärte Guido Casty (BDP, Trins), dass Graubünden touristisch gesehen zwei Ressourcen habe: die Natur und die kulturelle Vielfalt. Authentische Kultur komme bei den Gästen sehr gut an. «Zudem hat Covid eine Notsituation

herbeigeführt; nun ist es wichtig, antizyklisch zu handeln und sich für die drei Millionen auszusprechen.»

Von kulturellen Anlässen profitiere auch die Gastronomie und Hotellerie, argumentierte Franz Sepp Caluori (CVP, Chur). «Aber einfach drei Millionen zu sprechen, ohne genau zu wissen wofür, ist fragwürdig.» Er werde der Kultur und der Gastronomie zu Liebe trotzdem für die drei Millionen stimmen.

Philipp Wilhelm (SP, Davos) wiederum sprach von seinen Erfahrungen im Verein Kulturrallianz, um die 3-Millionen-Variante zu unterstützen. Er habe gelernt, dass «Kulturangebote die vielleicht wichtigsten Brücken zu den Zweitheimischen sind». Mit Kultur erreiche man eine Steigerung der Standortattraktivität.



Neue Nutzung: Das Chemiegebäude öffnet im November seine Türen wieder. Pressebild

Schon bald zieht neues Leben ein

Jetzt ist bekannt, was aus dem Chemiegebäude des Kantons werden soll: ein Treffpunkt, der viele Nutzungen verbindet.

Das ehemalige Chemiegebäude an der Churer Planaterrastrasse gehörte zu den grössten Liegenschaften des Kantons, welche durch den Umzug eines Teils der Verwaltung ins neue Zentrum «Sinergia» im Westen der Stadt frei wurden. Übernommen wird es durch die Wohnbaugenossenschaft Bainviver-Chur. Wie es in einer Mitteilung heisst, haben sowohl die Kantonsregierung wie auch der Vorstand der Genossenschaft dem Baurechtsvertrag über 90 Jahre zugestimmt. «Damit ist der Weg frei für die Realisierung unserer Träume», wird Brigitta Bhendküng, Präsidentin der Genossenschaft, in der Mitteilung zitiert.

Ab November neu genutzt

Bereits Anfang November werden sich die Türen des Chemiegebäudes wieder öffnen, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Ab dann stehen dort Räumlichkeiten für Zwischennutzungen als Büros, Ateliers, Sitzungszimmer, Werkstätten oder Lagerräume zur Verfügung. Interessenten könnten sich bei der Genossenschaft melden, wird Vorstandsmitglied Annatina Badrutt zitiert.

Die Zwischennutzung des Chemiegebäudes soll laut der Mitteilung rund ein Jahr dauern. Im Laufe des Jahres 2022 soll dann der Umbau unter der Leitung des Churer Architekten Conradin Clavuot erfolgen. Entstehen soll in dem Bau einerseits Wohnraum für Jung und Alt. Andererseits soll der Bau laut den Initianten auch zu einem Treffpunkt im Quartier werden. Deshalb sind auch Arbeitsplätze, ein Gastronomieangebot und kulturelle Anlässe geplant. Auch der grosse Platz vor dem Haus soll genutzt werden. (obe)

Abschussgesuch ist bereits in Bern

Die Bündner Regierung hat schon im September beantragt, das Beverinwolfsrudel regulieren zu dürfen.

von Ursina Straub

Der Kanton Graubünden will das Wolfsrudel, welches sein Revier um den Piz Beverin hat, zum zweiten Mal regulieren. Das sagte der zuständige Regierungsrat Mario Cavigelli gestern auf eine entsprechende Frage des Schamser BDP-Grossrats Gian Michael in der Fragestunde. Ein Gesuch für die Regulierung des Wolfsrudels hat der Kanton gemäss Cavigelli bereits am 15. September an das Bundesamt für Umwelt (Bafu) in Bern geschickt.

Schon vor einem Jahr hat die Bündner Wildhut mit Zustimmung des Bundes vier Welpen des Beverinwolfsrudels erlegt.

Wie Cavigelli in der Fragestunde ausführte, steht die Antwort des Bundesamtes für Umwelt auf das Abschussgesuch noch aus. «Wir hoffen auf eine positive Beurteilung des Gesuchs», betonte der Vorsteher des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität.

Erheblichen Schaden verursacht

Zu prüfen hat der Bund insbesondere, ob die genau definierten Bedingungen für einen Abschuss erfüllt sind. Die Behörden dürfen Wölfe und Wolfsrudel nämlich nur regulieren, wenn diese einen erheblichen oder einen konkret grossen Schaden verursacht haben. Ein grosser Schaden ist bei

einem Wolfsrudel gegeben, wenn mindestens 15 Nutztiere aus geschützten Herden gerissen werden, in einem Gebiet, in dem bereits im Vorjahr Nutztierisse verzeichnet wurden.

Ein einzelner Wolf hat gemäss Cavigelli die vorgegebene Schadensschwelle nicht überschritten. «Gemäss Einschätzung der Regierung erfüllt das Beverinrudel allerdings die Bedingungen, damit Regulierungsabschlüsse bei den diesjährigen Jungtieren durchgeführt werden können», sagte er.

Schafe, Kalb und ein Esel

Das Rudel habe nämlich neben Schafen auch ein Kalb und eine 32-jährige

Eselin gerissen; wobei dies der erste Riss aus der Art der Pferdegattung war.

Auch wiegen Risse von Tieren der Rinder- und Pferdegattung schwerer. Die geforderte Mindestzahl der getöteten Nutztiere kann gemäss Cavigelli dadurch reduziert werden.

Die Hälfte der Welpen in 60 Tagen

Wird die Abschussbewilligung vom Bund erteilt, so darf der Kanton Graubünden maximal die Hälfte der Beverinwelpen von diesem Jahr erlegen. Die Bewilligung des Bundes ist für längstens 60 Tage gültig. Die Elterntiere des Rudels müssen dabei geschont werden.

INSERAT